

AN/005/2019

Eingang 31.01.2019
Last



Ahrensburg, den 30.01.2019

Antrag für den Umweltausschuss am 13.02.2019

Verbot von Einweg-Plastikgeschirr und Plastiktrinkhalmen bei städtischen Veranstaltungen

Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftig bei allen Veranstaltungen auf städtischen Flächen nur noch Genehmigungen zu erteilen, wenn sich die Veranstalter verpflichten, auf Einweg-Plastikgeschirr sowie auf Plastiktrinkhalme und Coffee-to-go Becher zu verzichten (Terminvorschlag: Gilt für Veranstaltungen ab 1. Mai 2019, sofern diese nicht bereits genehmigt sind).

Die Verwaltung möge prüfen, welche sinnvollen Alternativen genutzt werden können.

Dies bezieht sich auf alle städtischen Veranstaltungen wie das Stadtfest, das Oktober- oder das Weinfest, Veranstaltungen an verkaufsoffenen Sonntagen sowie auf alle genehmigungspflichtigen Veranstaltungen von gemeinnützigen Vereinen, der Feuerwehr, von Interessengemeinschaften (z.B. DEHOGA, Ahrensburger Stadtforum) und anderen.

Die Stadt muss bei ihren eigenen Veranstaltungen und Sitzungen im Rathaus ebenfalls Vorbild sein und sollte damit Plastikgeschirr, -strohhalm etc. ab sofort nicht mehr zur Verfügung stellen. Weiterhin werden das Badlantic sowie die städtischen Gesellschaften einbezogen und entsprechend in die Pflicht genommen. Das Verbot wird vertraglicher Bestandteil, wenn die Stadt oder städtische Gesellschaften Cateringbetriebe unter Vertrag nehmen.

Die Bewirtschaftungsstände auf dem Wochenmarkt sollten dabei durch Aufklärung mit ins Boot geholt werden.

Begründung

Das EU-Parlament hat gerade eine Gesetzesinitiative zusammen mit den EU-Staaten auf den Weg gebracht und spricht sich für ein Verbot von Trinkhalmen und Geschirr aus Plastik ab 2021 aus. Das globale Müllaufkommen durch Plastik hat sich inzwischen zu einer riesigen Umweltproblematik ausgeweitet, die Lebensressourcen unwiederbringlich zerstört und daher umgehend konzertierte Maßnahmen global erforderlich macht. Doch auch jede Eigeninitiative von Kommunen und Bundesländern ist von Bedeutung, Eindämmung von Plastik im alltäglichen Leben durchzusetzen. Es geht also nicht mehr darum, ob dies umgesetzt wird, sondern wie und möglichst zeitnah.

Als umweltbewusste Stadt sind wir aufgefordert, die europäische Gesetzesinitiative für das Verbot von Plastikeinweggeschirr und Plastikhalmen zu unterstützen und eine gemeinsame Zielsetzung auf den Weg zu bringen. Politik und Verwaltung setzen ein deutliches Signal, um mit dieser Initiative unsere Stadt auch zum Aushängeschild „Besser-leben-ohne-Plastik“ im Norden zu machen, so wie es auch schon andere Städte wie Norderstedt oder Rostock tun.

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Christian Schmidt / Susanna Hansen